

presse

Hamburger Schulreform: Zwei-Wege-Modell konsequent umsetzen

Anlässlich des Ergebnisses des Hamburger Volksentscheids zur Schulreform erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Die Hamburger Schulreform bleibt ein großer Wurf für die Hansestadt, auch ohne die verlängerte Grundschule. Denn selbst wenn die Ablehnung der Primarschule für die überparteiliche Schulreform-Bewegung in der Hamburger Bürgerschaft schmerzlich sein muss, bleibt das Reformergebnis insgesamt beachtlich. Bestand haben werden insbesondere die für die SPD - zentralen Reformpunkte wie das Zwei-Wege-Modell des Schulangebots sowie die fest vereinbarte Regelung für die deutlich kleineren Klassen. Auch das Elternwahlrecht für die weiterführende Schule in der Sekundarstufe I konnte durch die SPD im Gesamtpaket der Schulreform gesichert werden. Das hilft, künftig die soziale Selektivität und damit nach wie vor deutlich bestehende sozialen Ungerechtigkeiten im Bildungssystem zu verringern und die Lehr- und Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler wie für die Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern. Eine Schulreform, die das schafft, verdient auch über die aktuelle Enttäuschung der Primarschulbefürworter hinaus eine breite politische Unterstützung.

Nach den erfolgreichen Schulreformen in den neuen Bundesländern, die sich schon seit Längerem abgewandt haben von der konservativen Dreigliedrigkeit im Schulwesen, hat sich jetzt nach Bremen, Berlin, dem Saarland nun auch Hamburg auf den Weg gemacht, mit zwei Wegen bis zum Abitur mehr Durchlässigkeit im Schulsystem zu schaffen. Zentral ist hierbei, dass beide Schularten in diesem Zwei-Wege-Modell alle Schulabschlüsse anbieten und die

Verantwortung für den Bildungsweg aller Schülerinnen und Schüler übernehmen, die auf den jeweiligen beiden Schularten angemeldet sind. Die Hierarchie der Schularten wird damit endlich abgelöst durch die Gleichberechtigung der verschiedenen Schulwege. Dieser Bildungskonsens, der jetzt auch in Hamburg mit der Stadtteilschule und dem Abitur nach neun Schuljahren und dem Gymnasium und dem Abitur nach acht Schuljahren beschritten wird, sollte zum Vorbild dienen für einen Schulkonsens auf nationaler Ebene, der schon lange überfällig ist. Bei wachsender Mobilität der Familien und ihrer Kinder ist es an der Zeit, sich von der weltweit einmaligen Zerklüftung der Schulsysteme in den 16 Bundesländern zu verabschieden und hin zu einem länderübergreifenden nachhaltigen Konsens zu kommen. Eine solche Konsensbildung der Bundesländern untereinander nach dem Hamburger Muster von zwei gleichberechtigten weiterführenden Schulangeboten ist auch die beste Antwort auf den immer wiederkehrenden Ruf der Bevölkerung nach einer stärkeren Bundeszuständigkeit in Schulfragen und nach einem gemeinsamen Schulsystem für Deutschland.